

AT

Ausschuß "Mensch und Technik"

Protokoll

7. Sitzung (nicht öffentlich)

15. Februar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.30 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE)
Abgeordneter Kuschke (SPD) (Stellv.)

Stenographen: Hezel, Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seiten

1 Haushaltsplan 1991

1.1 Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

1.2 Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mit- telstand und Technologie

1.3 Einzelplan 02 - Staatskanzlei

1 - 23

Der Ausschuß nimmt die Berichte von Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS) zu Einzelplan 07, Leitendem Ministerialrat Dr. Warnke (MWMT) zu Einzelplan 08 und Referentin Herrmann (Staatskanzlei) zu Einzelplan 02 entgegen und diskutiert darüber.

Darüber hinaus befaßt sich der Ausschuß mit der Frage, ob der Haushaltsplan 1991 weiter Gegenstand der Tagesordnung sein soll.

Er beschließt bei Enthaltung der SPD, in der Sitzung am 8. März 1991 gegebenenfalls über Änderungsanträge zu beraten und zu beschließen.

**2 Erstes Genehmigungsverfahren nach dem Gengesetz
(Petunienversuch in Köln) 23 - 37**

Dr. Peter Meyer vom Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung, Köln, erstattet Bericht. Daran schließt sich eine Diskussion an.

3 Verschiedenes 37 - 38

- a) Der Ausschuß beschließt mit den Stimmen der SPD und der Vertreterin der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung des Vertreters der F.D.P., die nächste Sitzung öffentlich stattfinden zu lassen.
- b) Der Ausschuß beschließt bei Enthaltung der Vertreterin der GRÜNEN, die geplante Reise nach Süddeutschland zu verschieben.
- c) Der Ausschuß beschließt einstimmig, am 21. Februar 1991 ein Pressehintergrundgespräch mit der Wissenschafts-Pressekonferenz und der Landespressekonferenz durchzuführen.

Nächste Sitzung: 22. Februar 1991

Aus der Diskussion

Zum Sitzungsbeginn begrüßt die **Vorsitzende** den zur Berichterstattung über den Petunierversuch in Köln geladenen Mitarbeiter des Kölner Max-Planck-Instituts für Züchtungsforschung Dr. Meyer.

(Beifall)

Abgeordneter Hegemann (CDU) bittet darum, die Ausschußmitglieder künftig über die zu behandelnden Punkte näher zu unterrichten, um eine eingehendere Beratung zu ermöglichen. Dies wäre beispielsweise bei TOP 4 (Petunierversuch) ebenso angezeigt gewesen wie beim IuK-Versuch des Innenministers (TOP 3). Außerdem gelte es tunlichst zu vermeiden, daß Themen auf mehreren Ebenen parallel behandelt würden. - Die **Vorsitzende** sagt zu, für kommende Sitzungen um die rechtzeitige Zuleitung von Informationsmaterial über die in Aussicht genommenen Beratungspunkte bemüht zu sein.

1 Haushaltsplan 1991

Erläuterungen der Landesregierung zu

- | | | |
|---------------|---|--|
| Einzelplan 07 | - | Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
(SoTech-Programm und Institut "Arbeit und Technik") |
| Einzelplan 08 | - | Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
(Technologieprogramm NRW) |
| Einzelplan 02 | - | Staatskanzlei
(Wissenschaftszentrum NRW) |

Vor Erörterung der den Ausschuß besonders betreffenden Themen aus den drei Einzelplänen bittet **Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.)** zu erwägen, ob angesichts der laufenden Einsparungsbestrebungen und einer möglichen Umstrukturierung des Gesamtetats eine detaillierte Befassung mit dem Haushalt überhaupt sinnvoll wäre. Zunächst sollte eine Grundsatzentscheidung - ob globale Minderausgabe, Sperrung von Positionen o. ä. - abgewartet werden; eine Beratung bereits heute wäre eine "mehr theoretische Veranstaltung".

Für eine Behandlung der vorgesehenen Punkte und ihre Erläuterung durch die Vertreter der Landesregierung plädiert **Abgeordneter Hegemann (CDU)**. Letztlich hätten die Fraktionen über Grundsatzfragen zu befinden. Weil dies heute die erste Haushaltsberatung des Ausschusses sei, wäre dessen Unterrichtung unbedingt von Interesse.

Nach Meinung der **Vorsitzenden** solle es jetzt um eine generelle Einführung gehen. Der Ausschuß müsse sich erst mit der Haushaltsmaterie vertraut machen; Anträge könnten von den nächstjährigen Haushaltsberatungen an gestellt werden. Die Darlegungen der Ressorts u. a. zur Technikfolgenabschätzung seien eine Ergänzung zu den Referaten, die der Ausschuß bereits entgegengenommen habe.

In diesem Sinne regt **Abgeordneter Hellwig (SPD)** an, sich abzeichnende Anträge während der laufenden Haushaltsberatungen noch in den zuständigen Fachausschüssen zu stellen. Dadurch erübrige sich eine erneute Etatberatung im Ausschuß für Mensch und Technik. - Eine solche Haltung diene, wie **Abgeordneter Hegemann (CDU)** glaubt, keineswegs der sonst als wünschenswert betrachteten Stärkung der Ausschußposition. - Die **Vorsitzende** merkt an, der Vorschlag des Abgeordneten Hellwig sei pragmatisch; es schade dem Ausschuß nicht, wenn er erst bei den kommenden Etatberatungen eigene Entscheidungen trafe. - Demgegenüber empfiehlt **Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.)**, über eine etwaige Antragstellung im Ausschuß erst nach den Erläuterungen durch die Landesregierung zu befinden. - Dieser "salomonischen" Anregung schließt sich der **Ausschuß** an.

Ausschuß "Mensch und Technik"

15.02.1991

7. Sitzung

hz-mm

Zu **Einzelplan 07** (SoTech-Programm und Institut "Arbeit und Technik") erinnert **Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS)** daran, daß er in der Ausschußsitzung am 16. November 1990 eine ausführliche Darstellung des Landesprogramms "Sozialverträgliche Technikgestaltung" und seiner Auswertung gegeben habe; deswegen beschränke er sich nunmehr auf eine kurze Schilderung der Aufgabenstellungen und der Zielsetzungen des Programms aus der Sicht des Arbeits- und Sozialministeriums. - Mit diesem Programm werde die ökonomische und ökologische Erneuerung Nordrhein-Westfalens in sozialer Verantwortung in praktische Maßnahmen und Projekte zur arbeits- und sozialpolitischen Gestaltung der Modernisierung Nordrhein-Westfalens umgesetzt. Modernisierung in sozialer Verantwortung bedeute insbesondere, zu verhindern, daß die Erneuerung des Landes zu einer Spaltung der Gesellschaft in Modernisierungsgewinner und -verlierer führe. Der Programmauftrag lasse sich dahin konkretisieren, es sollten diejenigen unterstützt werden, die die meisten Schwierigkeiten hätten, sich im technischen Wandel zurechtzufinden und sich wirkungsvoll zu engagieren. Adressaten des Programms seien daher vor allem die Akteure vor Ort in den Betrieben, den Gewerkschaften, den Unternehmensverbänden sowie in den Aus- und Weiterbildungsinstitutionen. Sie sollten in die Lage versetzt werden, kompetent mit Technik umzugehen, Gestaltungsmöglichkeiten zu erkennen und an Alternativen mitzuwirken.

Das Programm sei zunächst auf eine Laufzeit von 1985 bis 1988 ausgerichtet gewesen. Im Mai 1988 habe die Landesregierung beschlossen, dieses Programm fortzusetzen. Nach einer Periode der Auswertung und Vermittlung der Programmresultate und der Neuorientierung des Programms gelte es heute, die geschaffene Grundlage breit zu verwirklichen. Die ständige Nachfrage nach dem Programm belege, daß es unverzichtbar bleibe, Hilfe zur Selbsthilfe mit Mitteln der Landesregierung zu organisieren.

Der Staatssekretär fährt fort, mit der Konzentration des Programms auf die sozialverträgliche Lösung praktischer Probleme werde diesen Erfordernissen Rechnung getragen. Die zunehmende - auch finanzielle - Beteiligung von Unternehmen zeige, daß Sozialverträglichkeit von Produktionsprozessen und Produkten sowie Umweltverträglichkeit immer mehr zu einer entscheidenden Voraussetzung der Leistungsstärke und Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft würden. Im MAGS-Haushalt schlage sich das durch eine ständige Ansatzserhöhung auf gut 4 Millionen DM Ausgabenansatz und 3 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen mit einer zusätzlichen Million gegenüber dem Vorjahr nieder. Hiermit sollten die

steigende Nachfrage abgedeckt und die erforderliche Planungssicherheit ermöglicht werden.

Mit der Errichtung des Instituts "Arbeit und Technik" wolle die Landesregierung nicht nur die dringend notwendige Forschungskapazität in diesem Aufgabenfeld erhöhen, sondern gleichzeitig die Möglichkeit verbessern, den erforderlichen gesellschaftlichen Dialog auch wissenschaftlich zu initiieren und zu unterstützen. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Instituts bezögen sich auf die Gestaltung moderner Produktionstechniken unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit. Die Forschungsarbeiten erfolgten in interdisziplinärer Zusammenarbeit. Die Ergebnisse der Grundlagenforschung des Instituts sollten in angewandte Forschungsansätze übergeführt werden können. Im Mittelpunkt der Institutsarbeit stünden relevante nordrhein-westfälische Fragestellungen. Das Institut arbeite eng mit den übrigen Einrichtungen zusammen und beteilige sich an dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dialog, um zu einem praxisorientierten Wissenstransfer beizutragen.

Abschließend teilt der Staatssekretär mit, bisher hätten an dem Institut drei Abteilungen mit zusammen 37 Mitarbeitern/innen eingerichtet werden können. Ursprünglich hätten bis Ende 1992 zwei weitere Abteilungen etabliert werden sollen. Die Landesregierung habe sich dazu entschieden, im Jahre 1991 den Grundsatz der Stellenneutralität anzustreben. Deshalb habe der weitere Stellenausbau des Instituts zunächst verschoben werden müssen. Die personelle Aufstockung werde erst 1992 fortgeführt werden können. Der Haushaltsansatz für 1991 gewährleiste die Arbeit des Instituts auf der gegenwärtigen Grundlage. In dem Ansatz von 7,4 Millionen DM seien rund 2 Millionen DM für den geplanten Neubau enthalten.

Auf die Frage des Abgeordneten Dr. Riemer (F.D.P.), was im Falle der Festlegung einer globalen Minderausgabe von 10 bis 15 % u. a. im Blick auf das Institut geschehen würde, antwortet Staatssekretär Dr. Bodenbender, die gleichmäßige Weitergabe einer globalen Minderausgabe an alle der Förderung unterliegenden Institutionen wäre kein sinnvoller Weg. Eine solche Maßnahme dürfte eine nochmalige Überprüfung der Prioritäten innerhalb eines Haushalts nicht ausschließen. Beim MAGS-Etat seien verhältnismäßig wenige Einsparungsmöglichkeiten innerhalb dieses Bereichs vorstellbar, wenn nicht nachteilige Folgen eintreten sollten. In diesem Falle könnten Forschungsprogramme nicht wieder aufgelegt oder müßten gestreckt werden. Das wäre weder politisch sinnvoll, noch ließe es sich ohne Schaden für das Land verwirklichen.

Die Kosten für Investitionen und Honorare könnte man gewiß strecken, glaubt **Abgeordneter Hegemann (CDU)**. Wenn das Institut den Dialog mit Wirtschaft und Arbeitnehmerorganisationen führe, bliebe zu fragen, ob es der entsprechenden Dachorganisation überhaupt noch bedürfe. Gegebenenfalls müßten sich die Einrichtungen an dem Institut selbst beteiligen können. Der Abgeordnete möchte noch wissen, welche "spezifischen NRW-Angelegenheiten" außer den Problemen um Kohle und Stahl in diesem Zusammenhang behandelt werden könnten.

Die Streckung von Baumaßnahmen würde zu länger erhöhten Kosten für die provisorische Unterbringung von Bediensteten führen, nimmt **StS Dr. Bodenbender** an. Der Verzicht auf einen Neubau habe dann keine Einsparungen zur Folge, wenn die Mitarbeiter weiterhin in teuren angemieteten Räumen untergebracht werden müßten. Eine solche Alternative wäre wirtschaftlich sicher nicht zweckmäßig. Bei der gegenwärtigen Phase des SoTech-Programms sei es durchaus üblich und werde immer mehr praktiziert, daß die Unternehmen die ihnen zuteil werdende Hilfe in Praxismodellen finanziell mitträgen. An der Technologieberatungsstelle des DGB seien die Gewerkschaften finanziell beteiligt; das Land decke diesen Bereich nicht ausschließlich ab. Außerdem gebe es in der Wirtschaft zahlreiche mit Landesmitteln geförderte Beratungsstellen. Die Technologieberatung durch die Gewerkschaften umfasse nur einen engen Bereich innerhalb der Förderung durch das Wirtschaftsministerium.

Aus den Schwerpunkten des Instituts "Arbeit und Technik" nennt der Redner u. a. Modernisierungsstrategien in entwickelten Industriegesellschaften, "Ruhr 2010" - Entwicklungspotential des Ruhrgebiets bis zum Jahre 2010 -, potentielle Analysen, Marktstrategien, Produkt- und Verfahrensinnovationen in der nordrhein-westfälischen Industrie, Gestaltung der Konstruktionsarbeiten im Maschinenbau, Agieren in interaktiven Systemen usw. Diese Themen hätten für das gesamte Land Bedeutung.

Abgeordneter Hegemann (CDU) möchte wissen, weshalb sich der Ansatz für Mieten und Pachten zur Unterbringung von Bediensteten des Instituts in Tit. 518 10 des Kap. 07 120 (IAT) in 1991 fast verdreifache, obwohl der Neubau stillgelegt werden solle. - Das Gebäude sei noch keineswegs fertig, stellt **StS Dr. Bodenbender** klar. Bis dahin müßten die teuren Anmietungen finanziert werden. Darüber sei mit dem Finanzminister bereits gesprochen worden. - **Abgeordneter Hegemann (CDU)** fragt

zurück, wo das Personal des Instituts im laufenden bzw. im Vorjahr untergebracht gewesen sei, zumal keine weiteren Bediensteten eingestellt werden sollten.

Hierzu legt **Referent Riepert (MAGS)** dar, die ursprüngliche Vereinbarung mit der Stadt Gelsenkirchen, ein zusätzliches Gebäude zur Verfügung zu stellen, habe sich nicht verwirklichen lassen. Deshalb müßten zusätzliche Räume in anderen Gebäuden angemietet werden. - Dies beantworte nicht die Frage des Abgeordneten Hegemann, betont die **Abgeordnete Philipp (CDU)**. Im übrigen schienen die Beschreibungen der Aufgaben des Instituts und seiner Forschungsvorhaben in der Vergangenheit nur schwer voneinander abgrenzbar zu sein. Es wäre angezeigt, die Aufgabe des Instituts schriftlich zu formulieren. - Auf Seite 280 des Einzelplans 07 würden bei **Kap. 07 120** verschiedene **Einnahmetitel** des Instituts ohne Ansätze ausgewiesen. Es frage sich, ob hier Einnahmen zu erwarten seien.

StS Dr. Bodenbender regt an, die offenen Fragen in einer schriftlichen Stellungnahme zu beantworten, und **Referent Riepert** fügt hinzu, es seien Drittmittelverträge zwischen dem Institut und der EG abgeschlossen worden, so daß demnächst mit Einnahmen zu rechnen sei. Drittmelaufträge würden u. a. auch aus der Industrie eingeworben. Die Aufträge bezögen sich auf die Durchführung bestimmter Untersuchungen. Die Gehälter der hierbei einzusetzenden zusätzlichen Mitarbeiter würden mit den Drittmitteln in vollem Umfang bezahlt. Im allgemeinen werde Kostendeckung angestrebt.

Der **Ausschuß** nimmt die Zusage von **StS Dr. Bodenbender** auf schriftliche Beantwortung der damit zusammenhängenden Fragen zustimmend zur Kenntnis.

Abgeordneter von Unger (CDU) bittet darum, bei Auflistung der Forschungsvorhaben auch aufzuzeigen, in welchem Umfang Eigenleistungen des Instituts vorlägen und welche Aufträge zu welchen Bedingungen entgegengenommen worden seien.

Auf weitere Fragen der **Abgeordneten Philipp (CDU)** u. a. nach den Gesamtaufwendungen für das Institut in den vergangenen drei Jahren legt **StS Dr. Bodenbender** dar, im Augenblick liefen Forschungsvorhaben nur mit im Haushalt veranschlagten

Ausschuß "Mensch und Technik"
7. Sitzung

15.02.1991
hz-mm

Mitteln des Landes. Drittmittel erhielten erst künftig praktische Bedeutung, weil zusätzlich zu den Landesmitteln geeignete Forschungs- oder Vergabeprojekte wahrgenommen und auch Forschungsaufträge aus anderen Bereichen durchgeführt würden. Entweder dienten die Drittmittel vollständig der Kostendeckung, oder aber ein Teil der eigenen Forschungsmittel fließe in die entsprechenden Forschungsprojekte mit hinein. Dies werde jedoch, wie die Einnahmetitel zeigten, erst im Jahre 1992 relevant. Steuermittel würden lediglich dann eingesetzt, wenn es um klare Forschungsaufträge des Landes gehe. Andere Vorhaben müßten sich selbst durch Einnahmen tragen. - Keine weiteren Anmerkungen.

In diesem Zusammenhang teilt die **Vorsitzende** mit, das IAT habe den Ausschuß vor einiger Zeit schon zu einem Besuch eingeladen. Eine der nächsten Sitzungen des Jahres 1991 sollte vor Ort stattfinden.

Unter Hinweis auf **Tit. 526 10** (Sachverständigenkosten für das IAT) erkundigt sich die **Abgeordnete Philipp (CDU)**, wie sich so umfangreiche Aufwendungen im vergangenen Jahr hätten ergeben können, wenn das Institut jetzt erst zu arbeiten beginne. - **Abgeordneter Hegemann (CDU)** empfiehlt, auf die Position zurückzukommen, und **StS Dr. Bodenbender** kündigt an, anhand der Liste der Forschungsvorhaben, die das Institut mit eigenen und mit Drittmitteln eingeleitet habe, solle das finanzielle Volumen abgegriffen werden, um festzustellen, in welche Projekte Mittel in den vergangenen Jahren geflossen seien.

Um eine Zusammenstellung der Institute, mit denen das IAT zusammenarbeite, bittet die **Abgeordnete Dr. Schraps (CDU)**, und **Abgeordneter Hellwig (SPD)** regt an, die Institute möglicherweise einmal zu besuchen oder ihre Vertreter in den Ausschuß einzuladen, um ihnen das Bewußtsein zu vermitteln, daß ihre Arbeit vom Parlament zur Kenntnis genommen werde. - Keine weiteren Anmerkungen.

Zum **Technologieprogramm NRW** im Rahmen des **Einzelplans 08** äußert sich **Ltd. Ministerialrat Dr. Warnke (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie)**. In einer der letzten Sitzungen habe er das Programm aus der Sicht der Sozial- und Umweltverträglichkeit sowie der Technologiefolgenabschätzung und -bewertung ausführlich behandelt. Die Technologiepolitik werde von dem Gedanken

der "Public private partnership" getragen: Der Staat sei Partner im Sinne von Impulsgeber und Moderator; er biete Hilfe zur Selbsthilfe an und zeige Möglichkeiten auf, ohne im einzelnen Ratschläge zu erteilen. Einmal sei die Technologiepolitik in den Bereich der Strukturpolitik eingebettet. Dies werde am Beispiel des nördlichen Ruhrgebiets ebenso deutlich wie im Aachener Raum: Dort müsse eine recht enge Branchenstruktur durch Neuansiedlungen oder Neugründungen krisensicher und stabil gestaltet werden. Hierzu diene auch die Stabilisierung bestehender Firmen, die durch den Sprung in eine neue Technologie in den schwarzen Zahlen bleiben wollten.

Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums fährt fort, vor allem kleine Firmen beklagten den Mangel an Forschungs- und Entwicklungskapazitäten. F- und E-Abteilungen könnten sie sich zumeist nicht leisten. Das führe zur Reduzierung von Fertigungstiefe: Bestimmte Bereiche würden aus dem Unternehmen ausgegliedert. Im Gegensatz dazu versuche die Landesregierung durch Bildung von Forschungs- und Entwicklungs-Institutionen, den kleinen Firmen die Möglichkeit zur Abrufung von Kapazitäten in dem von ihnen benötigten Umfang zu geben. In diesem Rahmen verringere sich auch das finanzielle Engagement. Am Beispiel größerer Firmen lasse sich nachvollziehen, wie der Mangel von Forschungs- und Entwicklungskapazität vor Ort dazu führe, daß die Entscheidung über neue Produkte der Zentrale überlassen werde. Das Auseinanderklaffen zwischen Forschung und Entwicklung auf der einen und Fertigung auf der anderen Seite sollte deshalb nach Möglichkeit unterbunden werden. Mit der Schaffung von F- und E-Institutionen werde eine Breitenwirkung zur Stabilisierung der mittelständischen Wirtschaft erreicht. Inzwischen wende sich die Technologiepolitik des Landes ausschließlich an kleine und mittlere Unternehmen. Sie sollten mit dem Gedanken der wechselseitigen Kooperation vertraut gemacht werden. Von einer effektiven Zusammenarbeit hänge das künftige Bestehen solcher Firmen im europäischen Binnenmarkt entscheidend ab. Auf ausländischen Märkten sei eine solche Firma allein nicht stark genug, und auch auf dem heimischen Markt könne ein kleines oder mittleres Unternehmen gegen ausländische Konkurrenz in Nachteile geraten, wenn etwa eine kooperative Produktverbesserung unterbleibe. Im letzten Jahr habe das Wirtschaftsministerium z. B. fast 30 Verbundprojekte zwischen rund 200 Firmen zustande gebracht, aber auch umgekehrt sei der Gedanke aufgegriffen und die Regierung gebeten worden, eine Firmenkooperation zu unterstützen.

Abgeordneter Hellwig (SPD) wünscht zu erfahren, ob beabsichtigt sei, die Erkenntnisse aus der Beratung mittelständischer Firmen etwa in die Form von Richtlinien zu bringen. - Hierauf erwidert **LMR Dr. Warnke**, die Umsetzung solcher

Ausschuß "Mensch und Technik"
7. Sitzung

15.02.1991
hz-mm

Erfahrungen erfolge laufend. Die Verbundprojekte und Landesinitiativen seien das Resultat der Erfahrungen mit besseren Arbeitsmethoden. Es gebe Aufträge, Möglichkeiten weiterer Verbesserungen zu untersuchen. Zusammen mit dem Handwerk sei beispielsweise ein Kooperationsmodell entwickelt und ein Leitfaden für die Zusammenarbeit von Handwerksbetrieben verfaßt worden. Die Untersuchungen würden in aller Regel mit einem Handlungsvorschlag gekoppelt.

Das von Dr. Warnke erwähnte "Handbuch Technologiepolitik '90 - Technologie in NRW" (Information 11/79) betrachtet **Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.)** als ausgezeichnete Zusammenstellung, mit der sich der Ausschuß im Blick auf Konzeption und Transparenz der Technologiepolitik sowie auf eine Erfolgskontrolle mit dem Ziel eines Feedback befassen sollte. Die Landesregierung werde als Impulsgeber, Moderator und Helfer zur Selbsthilfe bezeichnet, solle jedoch nicht in die Wirtschaft eingreifen. Hier frage es sich, wie das eine ohne das andere möglich sein solle. Institutionen mit Forschungs- und Entwicklungskapazität müßten auf konkrete Handlungsziele ausgerichtet sein. Der Staat werde möglicherweise zu Leistungen verpflichtet, die er später nicht mehr erbringen könne. Der Zusammenhang zwischen Entwicklung und Fertigung werde übrigens weniger durch die räumliche Entfernung als vielmehr durch das Maß der Kommunikation bestimmt; sie präge den Umfang der Integration einer Forschungs- und Entwicklungsabteilung in die Fertigung eines Unternehmens.

Ein nach Technikfolgenabschätzung vernünftiges Vorhaben könne auch unter dem Kostengesichtspunkt attraktiv sein, hebt **Abgeordneter Hellwig (SPD)** hervor. Es frage sich, ob Auswertungen in das Beratungsangebot der Industrie- und Handelskammern gegenüber neuen Firmen aufgenommen werden könnten. - Die **Vorsitzende** fügt hinzu, es bliebe aufzuhellen, inwieweit sozialverträgliche Technikgestaltung bei der Vergabe der Programme eine Rolle spiele.

Dieses Problem habe er in seiner schriftlichen Ausarbeitung eingehend behandelt, versichert **LMR Dr. Warnke**. - Die F- und E-Institutionen ließen sich nicht mit wissenschaftlichen Instituten einer Universität vergleichen. Sie würden nur gegründet, wenn sich die örtliche Wirtschaft dem in einem Förderverein anschließe. Um eine Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft müsse das Ministerium bemüht bleiben. Die Wirtschaft in einer Region sollte sich zusammenschließen und zur

Ausschuß "Mensch und Technik"
7. Sitzung

15.02.1991
hz-mm

Erfüllung bestimmter gemeinsamer Bedürfnisse eine solche Institution fordern. Nach einer gewissen Anschubfinanzierung müßten sich die Einrichtungen durch Aufträge aus der Wirtschaft selber tragen.

Der Redner betont, die Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze sei ein Kriterium der Förderungshöhe. Anhand einer Studie mit 200 Fällen sei das Ministerium zu dem Ergebnis gelangt, daß die Soll-Zahl in 98 % aller Fälle auch tatsächlich erreicht worden sei. Durchschnittlich würden neun Arbeitsplätze je Projekt geschaffen.

Vor einer Steuererhöhung müßten Subventionen durchforstet werden, meint **Abgeordneter Hegemann (CDU)**. Der Subventionsbegriff sei offenbar nur schwer zu definieren. - Von den 53 Millionen DM Gesamtaufwendungen für verstärkten Kohleneinsatz beispielsweise seien bis 1989 rund 37 Millionen DM für Entwicklungsaufgaben im Bereich von Rost-, Staub- und insbesondere Wirbelschichtfeuerung ausgegeben worden. Der Abgeordnete bittet um Auskunft, wie sich diese Maßnahme auf den Kohleabsatz ausgewirkt habe. - Weiter fragt der Redner danach, ob und wann das Institut für Forschung und Entwicklung in Oberhausen gebaut werde und welche Zielsetzung es habe.

LMR Dr. Warnke stellt fest, die Frage nach der politischen Bedeutung von Subventionen habe er als Vertreter der Exekutive nicht zu beantworten. Der Kohleabsatz bestimme sich nicht nach Technologien, sondern z. B. nach dem Jahrhundertvertrag. Im Grunde gehe es darum, durch geeignete Technologien den Ausnutzungsgrad von Kohle zu erhöhen und ihre Emissionswerte zu verringern. Eine solche Technologie sei die Wirbelschichtfeuerung. Das Energieland Nordrhein-Westfalen erhoffe sich durch Entwicklung von Energietechnologien die weitere Sicherung des Kohlebergbaus.

Das Institut für Forschung und Entwicklung sollte den Einsatz öffentlicher Gelder etwa aus der EG der Industrie zugute kommen lassen. Auch die Akquirierung von Projekten aus Landesprogrammen diene der Förderung der Unternehmen in der Region. Das Institut befinde sich im Aufbau; es werde aus von der Bundesregierung kommenden Strukturhilfemitteln errichtet; ein Teil dieser Gelder werde vom Land aufgebracht. Auch Mittel aus der Albrecht-Initiative fänden hier - wemgleich nicht projektscharf - Verwendung.

Abgeordneter von Unger (CDU) wirft die Frage auf, inwieweit die Akquisition und die Kanalisierung internationaler Forschungs- und Entwicklungsmittel eine Aufgabe der Industrie- und Handelskammern zugunsten der ihnen angeschlossenen Unternehmen sei.

Eine solche Aufgabenübertragung wäre gewiß wünschenswert, hebt **LMR Dr. Warnke** hervor. Schwierig könnte es werden, wenn sich die Kammern zugunsten eines Einzelunternehmens an Brüssel zu wenden hätten; dies sprengte möglicherweise ihren Zuständigkeitsrahmen. Die individuelle Behandlung einer Firma könnte den Kammern den Vorwurf eintragen, sich nicht hinreichend um die anderen Unternehmen zu kümmern.

Ausschuß "Mensch und Technik"
7. Sitzung

15.02.1991
zi-mm

Abgeordneter Hegemann (CDU) schickt voraus, daß laut der wissenschafts- und forschungspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion 30 % = etwa 40 Milliarden DM Forschungsmittel für Doppelforschung ausgegeben würden, da es an Koordination fehle, und fragt, ob sichergestellt werde, daß innerhalb des Landeshaushalts z. B. im Hochschulbereich nicht eine ähnliche Sache erforscht werde wie im Wirtschaftsbereich.

LMR Dr. Warnke (MWMT) antwortet, er halte es nicht für möglich, eine Koordinationsinstanz zu schaffen, die dies übersehen könnte.

Die Technologieberatungsstellen an den Hochschulen seien mit den Technologiezentren vernetzt worden, und es sei versucht worden, eine Software für eine Datenbank zu schreiben, um die Hochschullehrer abzufragen, welche Forschungsarbeit sie der Wirtschaft anbieten würden. Viele Hochschullehrer, die eine feste Verbindung zur Wirtschaft hätten und davon lebten, diese extensiv zu bedienen, wollten deshalb aber keine detaillierte Auskunft geben. Es sei auch durchaus in Ordnung, wenn ein Hochschullehrer seine Drittmittelkapazität regelmäßig mit der Wirtschaft abwickle, wovon beide Seiten etwas hätten.

Wenn der Ausschuß beschließe, daß das Ministerium für eine gute Koordination sorgen solle, werde es für den nächsten Haushalt sofort Stellen und Investitionsmittel anmelden.

Abgeordnete Philipp (CDU) merkt an, daß es in anderen Ausschüssen neben dem Erläuterungsband zu dem jeweiligen Einzelplan eine Beratungshilfe gebe, in der die Haushaltspositionen aufgelistet würden, über die der Ausschuß zu beschließen habe. Sie regt an, im nächsten Jahr im Ausschuß "Mensch und Technik" ebenso zu verfahren; dadurch könne vermieden werden, daß an die Vertreter der Ministerien Fragen gerichtet würden, für die sie nicht zuständig seien.

Abgeordneter Hellwig (SPD) schließt sich dieser Anregung an.

Abgeordnete Philipp (CDU) weist, auf Abgeordneten Hegemann eingehend, darauf hin, daß im Wissenschaftszentrum für die Koordinierung und Förderung der

wissenschaftlichen Arbeit und der Zusammenarbeit mit dem Institut "Arbeit und Technik", dem Kulturwissenschaftlichen Institut und dem Institut Klima, Umwelt und Energie eine Stelle der Vergütungsgruppe 1 b BAT geschaffen werden solle. Sie schließt daraus, daß der Bedarf an Koordination in Wissenschaft und Forschung wohl erkannt worden sei, offensichtlich müßten sich die Koordinatoren aber selbst koordinieren.

**Zu 1.2 Einzelplan 02 - Staatskanzlei
(Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen)**

Referentin Herrmann (Staatskanzlei) legt dar:

Bevor ich auf das Wissenschaftszentrum Düsseldorf eingehe, möchte ich zur Konstruktion des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen Stellung nehmen; hier kommt es oft zu Mißverständnissen.

Die Gründung des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen geht auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von 1985 zurück. Man muß sich das Wissenschaftszentrum als imaginäres Dach für die folgenden vier Einrichtungen denken:

- Institut "Arbeit und Technik"
- Wissenschaftszentrum Düsseldorf
- Kulturwissenschaftliches Institut
- Institut Klima, Umwelt und Energie

Diese Einrichtungen haben im Gesamtrahmen des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen ihre eigenen Aufgaben: Während das Institut "Arbeit und Technik" und das Kulturwissenschaftliche Institut in ihren jeweiligen Bereichen selbst forschen sollen, besteht die wesentliche Aufgabe des Wissenschaftszentrums Düsseldorf darin, den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Technologie zu fördern, zu informieren und die Zusammenarbeit der Forschungsinstitute untereinander zu

bewirken. Das Institut Klima, Umwelt und Energie hat seine Arbeit noch nicht aufgenommen.

Das Wissenschaftszentrum Düsseldorf hat seine Arbeit am 1. Oktober 1988 aufgenommen, es befindet sich also noch immer im Aufbau. Noch ist es die kleinste Einrichtung des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen. Es hatte im Haushalt 1990 13 Stellen, davon 7 Wissenschaftler und mit Prof. Dr. Kaiser, dem Rektor der Universität Düsseldorf, einen Präsidenten im Nebenamt. Im Haushaltsplanentwurf 1991 sind 14 Stellen ausgewiesen; die eine zusätzliche Stelle ist für Kooperationsaufgaben bestimmt.

Auch in bezug auf den Haushaltsumfang ist das Wissenschaftszentrum Düsseldorf die kleinste Einrichtung. An Gesamtausgaben sind im Entwurf 1991 2,7 Millionen DM ausgewiesen.

Im aktuellen Arbeitsbericht des Wissenschaftszentrums Düsseldorf, der dem Landtag vor kurzem vorgelegt worden ist, wird seine Tätigkeit ausführlich beschrieben. Ich fasse deshalb zusammen:

In der Zwischenzeit sind 10 Arbeitskreise zu den Bereichen Naturwissenschaften und Technik, Geisteswissenschaften, Kultur und Technik sowie Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft eingerichtet. Die Arbeitskreise sind bewußt so eingerichtet, daß sich die Thematik überlappt, d. h., es ist gewünscht, daß Mitglieder eines Arbeitskreises auch an der Arbeit eines anderen Interesse haben und ihr Wissen dort einbringen. Alle Arbeitskreise zusammen haben derzeit ca. 500 Mitglieder.

Ein weiterer wesentlicher Tätigkeitsbereich des Wissenschaftszentrums Düsseldorf ist die Erarbeitung und Organisation von Kongressen, die den Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik fördern sollen. Bislang hat im Oktober 1989 der erste große und sehr beachtete Kongreß stattgefunden. Das Thema hieß: Nutzung der Sonnenenergie - Notwendigkeit und Chancen. Daraus sind weitere Arbeitskreise entstanden, die noch fortgeführt werden. Am 1./2. März 1991 findet am Rande der Ausstellung "Haus und Garten" in Essen ein kleinerer Kongreß zum Thema "Energiesparendes und solares Bauen" statt. Dazu müßten Sie eine Einladung erhalten haben. Im November 1991 soll ein umfassender Kongreß zum Thema "Kultur und Technik im 21. Jahrhundert" stattfinden. Dieser schlägt sich unmittelbar im Haushalt nieder - Sie finden sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite die entsprechenden Ansätze veranschlagt.

Ausschuß "Mensch und Technik"

15.02.1991

7. Sitzung

zi-mm

Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit aller drei Einrichtungen ist derzeit die Organisation und die Konstituierung der Kooperation miteinander. Im März 1990 fand die erste Kuratoriumssitzung des Wissenschaftszentrums statt. Die Kuratoren bemängelten allgemein, daß es bislang noch keine Kooperation gebe. Nachdem im vergangenen Jahr zwischen den beteiligten Ressorts und den Einrichtungen des Wissenschaftszentrums intensiv beraten worden ist, kann ich heute von einer, wie ich finde, sehr positiven Entwicklung berichten:

Die drei arbeitenden Einrichtungen des Wissenschaftszentrums haben sich im September letzten Jahres zusammengetan und eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Sie wollen gemeinsame Forschungsprojekte erarbeiten und abwickeln, ab 1992 soll jährlich ein gemeinsamer Kongreß stattfinden, sie wollen gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit betreiben und an einem gemeinsamen Erscheinungsbild arbeiten. Ein großes Thema, das alle drei Einrichtungen jetzt bearbeiten wollen, lautet: Strukturwandel und Modernisierung am Beispiel von Industrieregionen. Ein weiteres lautet: Anthropozentrik im Zusammenhang mit Arbeitswelt, Umwelt, Selbsteinschätzung usw.

Um die Kooperation zu befördern, ist im Haushalt des Wissenschaftszentrums Düsseldorf neben der erwähnten Stelle eine Titelgruppe mit 400 000 DM speziell für Gemeinschaftsprojekte der Institute neu eingerichtet worden. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, die Koordinatoren müßten sich selbst koordinieren. Um die drei Einrichtungen, die unterschiedliche Themen bearbeiten und sich noch entwickeln müssen, zusammenzubringen, ist ein zusätzlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter/eine zusätzliche wissenschaftliche Mitarbeiterin notwendig.

Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.) sagt, das kennzeichnendste Merkmal für das Wissenschaftszentrum sei für ihn der Begriff "imaginäres Dach". Darunter befinde sich seiner Ansicht nach nicht etwa ein geschlossenes System, das auf ein klar definiertes Ziel hinarbeite, sondern ein ziemliches Sammelsurium. Da es den Teilen überlassen bleibe, sich durch Kooperationsvereinbarungen zu arrangieren, könne das Ganze keine Identität haben, somit könne auch die Arbeit nicht effektiv sein. Falls sich die Einrichtungen tatsächlich mit dem Thema "Anthropozentrik" beschäftigten, wie es dargestellt worden sei, halte er dies für fragwürdig; vermutlich sei das Thema aber: Der Mensch und die Welt einschließlich Gott.

Die Wahl dieses Themas vermittele den Eindruck, als sei ein großer Bogen geschlagen worden, was alles hineingepackt werden könne. Dies lasse sich mit Wirtschaftsagenturen vergleichen, die gegründet worden seien, weil einmal ein konkretes Problem zu lösen gewesen sei und anschließend die verschiedenen Felder zusammengefaßt worden seien. Im Fall des Wissenschaftszentrums sei offensichtlich nicht zuerst das Ziel abgesteckt und danach die Frage gestellt worden, wie es am besten organisiert werden könnte, die Organisation sei vielmehr wie eine Häkelei von Masche zu Masche.

Zwar gestehe er allen dort tätigen Wissenschaftlern die im Grundgesetz verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre zu, was manchmal ohnehin eine effektive Organisation verhindere. Da aber aus der Einrichtung wirklich etwas zu machen sei, sollte sich der Ausschuß damit einmal eingehend beschäftigen.

Referentin Herrmann (Staatskanzlei) bittet zu berücksichtigen, daß die Einrichtungen des Wissenschaftszentrums noch keine fertigen Konstrukte seien, sondern sich noch in einem Selbstfindungsprozeß befänden. Ebenso wie es sehr lange dauere, bis eine Hochschule eingerichtet sei, müßte den Instituten eine gewisse Aufbauzeit zugestanden werden. Auch wenn die Verbindung zwischen den Instituten langsam vorangehe, könne man nicht sagen, daß die hinter der Sache steckende Idee nicht wenigstens in Ansätzen erkennbar sei.

Abgeordneter Kuschke (SPD) erwidert Frau Herrmann, er würde das Argument, die Institute seien noch im Aufbau, nicht mehr gerne hören wollen. Man sollte sich einmal darüber unterhalten, wie lange eine solche Aufbauphase beziffert werden sollte.

Seiner Meinung nach habe der Politik ein sinnvolles politisches Konstrukt vorgeschwebt; dieses reibe sich nun an der Wirklichkeit, d. h. auch an den Besonderheiten der Wissenschaften. Dafür habe er bis zu einem gewissen Grade Verständnis. Ab einem bestimmten Punkt müßte aber überlegt werden, ob die Politik nicht auch gehalten sei, auf die handelnden Personen etwas stärkeren Einfluß zu nehmen, dabei jedoch die Freiheit von Forschung und Lehre zu berücksichtigen. Man werde nicht umhinkommen, sehr offen und sachlich miteinander zu sprechen; dies geschehe offenbar schon.

Nicht von ungefähr sei zunächst ein Zusammenhang zwischen den Säulen Arbeit und Technik auf der einen Seite und den Kulturwissenschaften auf der anderen Seite hergestellt worden. Da befürchtet worden sei, daß die Debatte über die Geistes- und Kulturwissenschaften über der Debatte um Technikfolgenabschätzung, Technikgestaltung und Technikfolgenbewertung "unter den Schlitten" gerate, hätten sich gerade die Kultur- und Geisteswissenschaften aufgerufen gefühlt, gewissermaßen Gegenpole zu beziehen und sowohl möglicherweise kritische Gespräche als auch die Kooperation mit den technisch orientierten Wissenschaften anzustreben. Einen Zusammenhang gebe es auch im Hinblick auf die Gründung des neuen Instituts Klima, Umwelt und Energie.

Referentin Herrmann (Staatskanzlei) hält dagegen, daß auf die Arbeitsinhalte der Institute nicht Einfluß genommen werden könne, denn ihnen könne nicht vorgeschrieben werden, was sie beforschen sollten, es könnten lediglich Tätigkeitsfelder beschrieben werden. Was stattfänden seien Gespräche mit den Präsidenten über Kooperationen und über mögliche Inhalte. Damit befasse sich natürlich auch die dafür vorgesehene Einrichtung - das Kuratorium.

Abgeordneter Hellwig (SPD) wirft die Frage ein, ob keine Vorgaben gemacht würden.

Referentin Herrmann (Staatskanzlei) antwortet, daß die Themenfelder natürlich vorgegeben seien. Ein gewisses Gebiet zu erforschen, könne die Landesregierung aber nicht vorschreiben.

Die Ausrichtung der Institute müsse im Zusammenhang mit der Diskussion im Jahr 1985 über die Frage gesehen werden, ob mit den Geisteswissenschaften ein Gegenpol zu dem Übergewicht der Natur- und Ingenieurwissenschaften gebildet werden müsse und wie die Geisteswissenschaften eine sinnbildende Funktion für die Naturwissenschaften und die Technikfolgenabschätzung haben könnten. Dies sei mit ein Grund für die Gründung des Kulturwissenschaftlichen Instituts gewesen.

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU) äußert, sie verstehe nicht, wie im Zusammenhang mit dem Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen von einem "Dach" gesprochen

werden könne, denn das Haus darunter schein außerordentlich wankend zu sein. Beispielsweise habe ihr der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft auf eine Frage das Institut Klima, Umwelt und Energie betreffend mitgeteilt, daß sich insbesondere die Suche nach einer Persönlichkeit für die Leitung schwierig gestalte. Sie gestehe zu, daß das Institut nicht zuletzt aus diesem Grund noch nicht laufen könne. Eine Kooperation könne es aber nur geben, wenn die Grundprinzipien der Arbeit erarbeitet seien und wenn nicht mehr nur über Ziele "geplaudert" werde. Das Ganze sei nicht lebensfähig, wenn es nicht bald mit neuen, konkreten Inhalten erfüllt werde.

Sie fragt, weshalb das Wissenschaftszentrum bei der Staatskanzlei angesiedelt sei.

Referentin Herrmann (Staatskanzlei) konzediert, sie habe mit dem Begriff "Dach" nicht das treffende Bild vermittelt. Sie habe klarmachen wollen, daß die vier Einrichtungen nicht in einem Über- und Unterordnungsverhältnis stünden, sondern innerhalb eines Rahmens eine Einheit bilden sollten. Dieses Ziel sei allerdings noch nicht erreicht.

Die Ansiedlung des Wissenschaftszentrums Düsseldorf bei der Staatskanzlei sei historisch begründet. Im Gegensatz zu den anderen drei Einrichtungen, die jeweils bei den zuständigen Ressorts angesiedelt seien, sei es nicht auf ein Fach ausgerichtet, seine Aufgabe bestehe auch nicht darin zu forschen, sondern den Dialog untereinander zu organisieren.

Abgeordneter von Unger (CDU) fragt, ob es nicht sinnvoller wäre, die Einrichtungen zu beauftragen, miteinander zu arbeiten und dies nachzuweisen, anstatt für die Koordination des Werdenden zusätzlich 2,4 Millionen DM auszugeben.

Vorschriften, in welchem Rahmen die Institute forschen sollten, könne das Land sehr wohl machen, denn es stelle die dafür erforderlichen Mittel bereit. Hier müßte dasselbe gelten wie für die freien Forschungsmittel der Universitäten, die mit einer Zweckbestimmung versehen würden.

Die Koordination zwischen Geisteswissenschaften und technischen Wissenschaften voranzutreiben, sei löblich und richtig. Es erhebe sich allerdings die Frage, wie sich

das Wissenschaftszentrum von der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften abgrenze.

Abgeordnete Philipp (CDU) verweist auf die Titelgruppe 64 des Kapitels 02 060 Naturwissenschaftliche Vorhaben - "Großräumige Klimaänderungen und ihre Bedeutung für die Umwelt" und fragt, ob dies vom Institut Klima, Umwelt und Energie übernommen werde, wenn es seine Arbeit aufgenommen habe, oder ob es ein Parallelforschungsvorhaben werde.

Referentin Herrmann (Staatskanzlei) erläutert, die Akademie der Wissenschaften sei keine feste Organisation wie das Wissenschaftszentrum Düsseldorf. Sie rekrutiere sich aus sich selbst. Sie sei ein Zusammenschluß von ausgewählten Professoren, ihr Arbeitsstab bestehe aus einem Leiter und zwei Mitarbeitern. Diese berieten über bestimmte Themen und erstellten Gutachten.

Besonders langfristige Forschungsvorhaben würden in einem von Bund und Ländern getragenen Akademienprogramm im Rahmen der gemeinsamen Forschungsförderung finanziert. Die Projekte, z.B. Wörterbuchprojekte, seien meist an einer bestimmten Hochschule angesiedelt. Zur Zeit werde in Nordrhein-Westfalen an der Leibniz-Ausgabe gearbeitet, ein weiteres Programm trage den Titel "Junger Vulkanismus".

Das Institut Klima, Umwelt und Energie solle die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Anwendung bilden und Querschnittsprobleme zusammenführen. Diese Aufgabe könne nicht mit einem Forschungsprojekt verglichen werden.

Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE) fragt, ob das Projekt Leibniz-Ausgabe dem Dialog zwischen den verschiedenen Disziplinen dienen könne.

Referentin Herrmann (Staatskanzlei) stellt klar, daß die Leibniz-Ausgabe kein Projekt des Wissenschaftszentrums sei, sondern zu einem Bund-Länder-Programm gehöre.

Abgeordneter Hellwig (SPD) stellt fest, daß in der Diskussion des Ausschusses vieles vermischt werde, weil nicht klar dargestellt worden sei, weshalb das Wissenschaftszentrum gegründet worden sei, was es bereits geleistet habe und welche Aufgaben vor ihm stünden. Um zu vermeiden, daß die Abgeordneten falsche politische Schlußfolgerungen zögen und überflüssige Diskussionen führten, sollte dies künftig im Erläuterungsband zum Einzelplan 02 vorangestellt werden.

Vorsitzende Dr. Grüber fragt, die Anregung des Abgeordneten **Dr. Riemer** zu Beginn der Sitzung aufgreifend, ob der Ausschuß detailliert in Haushaltsberatungen einsteigen solle.

Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.) stellt klar, ihm gehe es darum, ob in der laufenden Sitzung Beschlüsse gefaßt werden sollten. Er vertrete die Meinung, daß der Ausschuß zunächst abwarten solle, welche Grundentscheidungen bei den weiteren Beratungen getroffen würden. Es könne durchaus sein, daß z. B. das SoTech-Programm aufgrund der angekündigten globalen Minderausgabe von 10 % gekürzt werde, der Ausschuß aber darauf bestehen wolle, daß es durchgeführt werde.

Abgeordneter Hegemann (CDU) erklärt, für ihn sei die heutige Haushaltsberatung eine Diskussionsrunde gewesen. Er wolle sich vorbehalten, daß eine Abstimmungsrunde folge. Falls seine Fraktion Änderungsanträge stelle, und zwar ungeachtet der Möglichkeit, daß der Ausschuß dann über eine Sache entscheide, über die in einem anderen Ausschuß bereits beschieden worden sei, würden diese wie üblich unter den Fraktionen ausgetauscht. Eine Abstimmung wäre jedoch unbedingt erforderlich, wenn sich der Ausschuß selbst ernst nehme. Falls Änderungsanträge gestellt würden, könnte ohne Aussprache abgestimmt werden.

Abgeordneter Hellwig (SPD) legt dar, nach Auffassung der SPD-Fraktion sollte sich der Ausschuß an der Diskussion über die Ausstattung des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen nicht beteiligen, da sehr viele Probleme noch nicht richtig eingeschätzt werden könnten. Ferner gehe sie davon aus, daß der Ausschuß "Mensch und Technik" in Zukunft über den Haushaltsplan berate und abstimme. In der

gegenwärtigen Phase aber, zu der wahrscheinlich kein Ausschußmitglied noch Gespräche z. B. mit Vertretern der Institute geführt habe, sollte davon Abstand genommen werden.

Da die Haushaltsplanberatungen in diesem Jahr besonders schwierig seien, sollte über mögliche Veränderungen in den Fachausschüssen diskutiert werden, die für die Einzelpläne 07 und 02 zuständig seien.

Abgeordneter Hegemann (CDU) vertritt die Ansicht, der Ausschuß solle von vornherein über den Haushaltsplan beraten, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß die anderen Fachausschüsse mehr von der Sache verstünden. Im Hauptausschuß sei über das Wissenschaftszentrum im übrigen nicht diskutiert worden.

Abgeordneter Kuschke (SPD) äußert, die Tatsache, daß sich der Ausschuß mit dem Haushaltsplan 1991 nicht befassen wolle, bedeute nicht, daß er sich damit für die Zukunft festgelegt habe.

Die bisherigen Beratungen hätten gezeigt, daß der Ausschuß in einer "Suchbewegung" sei. Kein Ausschußmitglied sei sich darüber im klaren, über welchen Titel eines Einzelplans beraten werden solle. Künftig müsse sich der Ausschuß vor der Beratung vernünftige Beratungsgrundlagen beschaffen.

Ein abgestimmtes Verfahren sei sicher zu erreichen, denn innerhalb der einzelnen Fraktionen gebe es Kommunikation mit den Sprechern der jeweiligen Fachausschüsse. Dies gelte auch für Änderungsanträge.

Nicht zuletzt im Hinblick auf den Zeitplan spräche in der gegenwärtigen Situation einiges dafür, 1991 ein "niedriges" Beratungsverfahren zu wählen und dafür 1992 gründlich vorbereitet die Beratungen aufzunehmen.

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU) gibt zu bedenken, daß die anderen Fachausschüsse den diesjährigen Verzicht des Ausschusses "Mensch und Technik" im nächsten Jahr als Argument dafür anführen könnten, daß der Ausschuß über den Haushalt nicht berate; deshalb müsse er dieses Jahr über die Kapitel, für die er zuständig sei, beraten. Dabei dürfe auch Zeitdruck kein Hinderungsgrund sein. Im übrigen trauten

Ausschuß "Mensch und Technik"

15.02.1991

7. Sitzung

zi-mm

sich in der CDU-Fraktion auch die neuen Mitglieder, zu denen sie gehöre, zu, beim Haushalt mitzudiskutieren, denn die Kommunikation untereinander sei sehr gut.

Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.) erklärt, daß auch der Ausschuß "Mensch und Technik" nach der Geschäftsordnung funktionieren müsse. Der Haushaltsplanentwurf sei an die zuständigen Ausschüsse überwiesen worden, und diese seien nach der Geschäftsordnung dazu verpflichtet, dem Plenum eine Beschlußempfehlung vorzulegen. Davon sollte nicht abgewichen werden, nicht zuletzt weil die anderen Fachausschüsse sich darin bestätigt sehen könnten, daß "Mensch und Technik" eine Art Spielwiese sei und daß seine Mitglieder erst noch lernen wollten. Wenn sich die Zuständigkeiten überschneiden, müsse ein Instrumentarium entwickelt werden, das aufzeige, wie in einem Parlament damit umzugehen sei.

Zum Selbstverständnis des Ausschusses "Mensch und Technik" müsse es gehören, daß er im Rahmen der Haushaltsplanberatung auch Beschlüsse fasse. In der laufenden Sitzung sollte dies jedoch nicht geschehen, da sich der Ausschuß noch kein vernünftiges Urteil bilden könne. Über Änderungsanträge könnte aber dann mit der nötigen Überlegung wie in den anderen Ausschüssen beschlossen werden.

Für die Landesregierung sei es sicher auch wichtig gewesen zu sehen, wie sich der Ausschuß mit den einzelnen Sachverhalten befasse. In einer weiteren Sitzung könnte die Diskussion an Substanz gewinnen, und der Ausschuß wäre durchaus entscheidungsfähig.

Vorsitzende Dr. Grüber faßt zusammen, ihrer Meinung nach spreche vieles dafür, über den Haushaltsplan weiter zu beraten und gegebenenfalls Änderungsanträge zu behandeln. Sie halte dies für richtig, um zu signalisieren, daß sich der Ausschuß "Mensch und Technik" nicht mehr in der Aufbauphase befinde. Falls die CDU-Fraktion Änderungsanträge stelle, müßte eine Sondersitzung anberaumt werden, da der Ausschußtermin 8. März 1991 dafür zu spät sei.

Abgeordneter Hellwig (SPD) schlägt vor, daß sich der Ausschuß darauf verständige, eine kurze Sondersitzung abzuhalten, falls der Haushalt wie vorgesehen im Plenum behandelt werde. Vermutlich reiche aber der Ausschußtermin 8. März 1991 aus.

Der **Ausschuß** beschließt bei Enthaltung der SPD, in der Ausschußsitzung am 8. März 1991 gegebenenfalls über Änderungsanträge zu beraten und zu beschließen.

Vorsitzende Dr. Grüber teilt mit, daß am 19. März 1991 um 13.00 Uhr im Kulturwissenschaftlichen Institut ein Gespräch mit den Professoren Dr. Niethammer und Dr. Meyer-Abich stattfindet. Alle Ausschußmitglieder seien dazu herzlich eingeladen.

Abgeordneter Hellwig (SPD) bittet die Vorsitzende, bei der Festlegung solcher Termine künftig zu berücksichtigen, ob zur gleichen Zeit Plenar- oder Fraktionssitzungen stattfänden.

2 Erstes Genehmigungsverfahren nach dem Gengesetz (Petunienversuch in Köln)

(Den Vorsitz führt **Abgeordneter Kuschke (SPD)**)

Dr. Meyer (Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung, Köln) berichtet:

Eines der Hauptprinzipien der Gentechnik besteht darin, daß einzelne Informationsabschnitte, die alle eine bestimmte Funktion haben, aus dem Erbgut isoliert und in andere Organismen übertragen werden können.

Bei dem Petunienversuch handelt es sich um ein Modellsystem, nach dem die Übertragung eines Gens in eine Pflanze zu einer Farbausprägung führt. Das Modellsystem, das in Köln entwickelt worden ist, ist deshalb von großer Bedeutung, weil sich die Aktivität dieses Gens anhand der Farbe sehr leicht verfolgen läßt. Man kann es auf viele Weisen für verschiedene Aspekte der Forschung einsetzen.